

Juliette



...bald wieder verfügbar!



Friedrich Neumann STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT

FREIGEISTER



Studieren mit Stipendium

Impressum

**Chefredaktion,
Gestaltung und Satz**
Jan Olsson

Verantwortlich i.S.d.P.
Marvin Ruder

Herausgeber
Junge Liberale Baden-Württemberg e.V.
Rosensteinstraße 22
70191 Stuttgart
www.julis-bw.de

Druck
DIVYANAND Verlags-GmbH, Herrischried

Auflage und Bezug
1.500 Stück im Vertrieb kostenfrei an die Mitglieder
der Jungen Liberalen Baden-Württemberg

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Verbandes oder der Redaktion wieder. Druckfehler und Irrtümer vorbehalten. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt zugesandtes Material.



IMPULSE

Jetzt wieder verfügbar 4
Michael Theurer über kluge Wirtschaftspolitik

Arbeit 4.0 5
Benjamin Strasser über Formen neuer Arbeit

Face-off 6
Brauchen wir Studiengebühren?

Der Bürger im Mittelpunkt? 8
Nicole Büttner-Thiel über digitale Verwaltung

Raus aus der Kreidezeit! 9
Jens Brandenburg über digitale Bildung

Juliette international 🇬🇧 10
Sergiu Boghean on education in his country

Kluge Bildungspolitik? 11
Gedanken von Judith Skudelny

IMPRESSIONEN

Juliette meets CL 12
Christian Lindner im Interview!

Eine Kurzvorstellung 14
Die JuLis im LaVo der FDP

Was ist los im Landesverband? 15
Valentin Abel über den Wahlkampf

Kommet in Scharen! 16
Einladung für den nächsten Landeskongress

Liebe JuLis!

Ab dem 24. September auch wieder im deutschen Bundestag verfügbar: eine Politik, die den Einzelnen groß machen will und nicht den Staat.

Beim Blick auf die vergangene Legislaturperiode stelle ich fest, dass ein derartiges liberales Korrektiv schmerzlich vermisst wird. So ist die GroKo Zukunftsthemen wie Digitalisierung gänzlich uninspiriert angegangen und hat, anstatt solide zu haushalten, Wahlgeschenke verteilt.

Zeit also, dass in wenigen Tagen wieder Liberale in den deutschen Bundestag einziehen und Zukunftsthemen vorantreiben! Ebendiese Themen findest du auch in dem Heft, welches du in der Hand hältst. Es ist ein Heft über Digitalisierung, Bildung und Wirtschaftspolitik. Drei Felder, auf denen wir neu denken wollen!

Eine weitere Besonderheit dieser Ausgabe ist ein Interview mit Christian Lindner – wir freuen uns, dass er sich dazu bereit erklärt hat.

Also liebe JuLis! Wählen gehen nicht vergessen und viel Freude bei der Lektüre!



Jan Olsson ist Beisitzer im Landesvorstand der JuLis Baden-Württemberg und Chefredakteur der Juliette

Michael Theurer: Jetzt wieder verfügbar: Wirtschaftspolitik

Vier lange Jahre Große Koalition. Koalition für was eigentlich? Jedenfalls nicht für eine erfolversprechende Wirtschaftspolitik.

Klar könnte man sagen: „Wir stehen doch super da! Die Arbeitslosigkeit ist niedrig, die Konjunktur brummt, der Staatshaushalt ist ausgeglichen.“ Doch der Wohlstand ist eine Illusion, die deutsche Wirtschaft ist gedopt durch den niedrigen Ölpreis und die historisch niedrigen Leitzinsen. Die niedrige Arbeitslosigkeit verdanken wir Schröders Agendareformen – welche die Freien Demokraten damals übrigens durch die Unterstützung im Bundesrat mit ermöglicht haben. Diese wurden inzwischen teils zurückgedreht, Schulz will ihnen vollends den Garaus machen. Die langfristigen Kosten des Sozialstaats wurden mit teuren Wahlgeschenken zum Nachteil der jungen Generation massiv gesteigert. Insolvente Konzerne wie Air Berlin erhalten staatliche Beihilfe, die Lufthansa soll nach Wunsch von Bundesministern zum „nationalen Champion“ ausgebaut werden. Die Mietpreisbremse ist erwartungsgemäß gescheitert. Laut Subventionsbericht der Bundesregierung steigen die direkten und indirekten staatlichen Subventionen um fast 5 Milliarden Euro auf 25,2 Milliarden Euro bis 2018 an. Währenddessen wird die Digitalisierung komplett verschlafen.

Das alles hat mit der sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards, mit der Freiburger Schule der Ordnungspolitik nichts mehr zu tun.

Doch es gibt Hoffnung: Die Freien Demokraten sind wieder da. Der 24. September wird ein guter Tag, doch die vier Jahre danach könnten überragend werden: Mit einem Fitnesskonzept für Wohlstand und Beschäftigung. Es gilt die Devise: Sozialausgaben nicht weiter erhöhen. Steuern runter. Staatsquote senken. 40-20-40 als mittel- bis langfristiges Ziel: 40% Sozialabgaben vom Arbeitsentgelt, 20% durchschnittliche Steuerquote, 40% Staatsquote.

Dies schafft nicht nur weitere Anreize für neue Jobs. Es ist auch ordnungspolitisch geboten. Es entzieht den Umverteilungspolitikern ein Stück Unfugpotential. Gleichzeitig wird den Steuer- und Beitragszahlern, die

die Überschüsse erarbeitet haben, etwas zurückgegeben.

Das Wachstum der Staatsausgaben muss dauerhaft unter dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts liegen. Diese goldene Regel muss konstitutionell verankert werden. Die Schuldenbremse war ein erster Schritt dazu. Komplementär brauchen wir eine Belastungsobergrenze für direkte Steuern und Sozialabgaben in der Verfassung. Diese Selbstfesselung des Staates führt zusammen mit der bestehenden Schuldenbremse zu effizienteren und niedrigeren Staatsausgaben.

Was die Herausforderungen der nächsten Jahre angeht, so gilt: Angst ist ein schlechter Ratgeber. Deshalb plädieren wir unter der Überschrift „German Mut“, dass wir aufwachen aus den Wohlstands-Halluzinationen, uns nicht auf den Erfolgen der Vergangenheit ausruhen und uns beherzt den Herausforderungen der Digitalisierung stellen.

Die neue Bundesregierung muss mit einer Rückbesinnung auf die Soziale Marktwirtschaft den verheerenden Subventionswettlauf nach planwirtschaftlichem Muster beenden. Das geht aber nur, wenn das Bundeswirtschaftsministerium wieder zum ordnungspolitischen Gewissen der Bundesregierung wird. Faire Chancen im Wettbewerb – das ist besonders für die kleinen Player elementar!



Michael Theurer ist
Vorsitzender der FDP Baden-
Württemberg

Arbeit 4.0 – blockiert die Bürokratie Formen des neuen Arbeitens?

Politik muss mit der Zeit gehen. Sie muss auf Fortschritt und Wandel eingehen. Sie muss Antworten für die Gegenwart, für das Hier und Jetzt und nicht für das Gestern finden. Eigentlich ist dies eine einleuchtende Erkenntnis, die jedoch dem Realitätscheck nicht standhält. Die Politik in Deutschland ist nicht mit der Zeit gegangen. Stattdessen lähmen veraltete Regelungen und ein Reformstau die Republik. In wenigen Bereichen wird das so deutlich wie im Bereich der Arbeitswelt.

Viele Gesetze und Verordnungen sind in der jungen Bundesrepublik entstanden und sollten die arbeitsrechtlichen Voraussetzungen der damaligen Industriegesellschaft regeln. Lange Zeit galt es als üblich, nach dem Ende der Ausbildungszeit bei einem Arbeitgeber bis ins Rentenalter tätig zu sein und seine Karriere-schritte dort zu durchlaufen. Fünf Tage die Woche, acht Stunden pro Werktag, das Wochenende frei für Familie, Freunde und Beruf. Doch wer arbeitet heute eigentlich noch so? Die Realität ist, dass immer weniger Menschen dieses klassische Arbeits- und Lebensmodell verfolgen.

Stattdessen wechseln wir heute häufiger unsere Arbeitgeber und verfolgen neue Herausforderungen. Viele Jobs erfordern keine starre Nine-to-Five-Präsenz im Büro, sondern können auch zu beliebigen Zeiten im HomeOffice ausgeübt werden. Viele Unternehmen tragen dieser neuen Zeit Rechnung und sind offen für neue Formen der Arbeit. Die Politik ist es nicht. Sie kommt nicht in die Gänge, alte Regelungen zu reformieren. Doch müssen nicht die Gesetze an die Lebenswelt der Menschen angepasst sein, anstatt die Menschen an die Bürokratie?

Als Freie Demokraten machen wir als einzige Partei schlüssige Lösungsvorschläge zu diesen Herausforderungen. Wir wollen beispielsweise die bereits möglichen Langzeitarbeitskonten auch im Alltag anwendbar machen. Sie sollen nicht mehr vom aktuellen Arbeitgeber abhängig sein und so leichter als bisher auf einen neuen Job übertragbar sein. Noch viel wichtiger ist die Flexibilisierung der Arbeitszeitgesetzgebung: Wir wollen die bisherigen Grenzen der täglichen Höchst-

beitszeit durch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit ersetzen, um den Arbeitgebern und Mitarbeitern die Möglichkeit zu geben, individuellere Absprachen zu treffen, die den neuen Formen der Arbeit Rechnung tragen. Es gibt noch mehr Beispiele dieser Art, bei denen Freie Demokraten den Menschen die Möglichkeit geben wollen, selbstbestimmt Vereinbarungen zu treffen, um das für sie beste Arbeitsmodell schaffen zu können. Die Blockade solcher Freiheit durch alte Gesetze muss ein Ende haben.

Die Welt ist im Wandel, die Politik steht still. Doch unsere Zeit braucht die passende Politik. Ein weiterer Grund, warum wir bis zum 24. September für den Wiedereinzug der Freien Demokraten in den Deutschen Bundestag kämpfen sollten.



Benjamin Strasser ist Mitglied im Landesvorstand der FDP Baden-Württemberg und bestplatziertestester JuLi auf der Landesliste zur Bundestagswahl

Brauchen wir Studiengebühren?

Sind Studiengebühren gerechtfertigt oder widersprechen sie dem Prinzip der Chancengleichheit? Eine Debatte.

Pro: **Studiengebühren böse – oder kann sich ein SPD-Plakat irren?**

Studiengebühren sind böse – oder auch kann sich ein SPD-Plakat irren?

Aktuell kann man es wieder überall lesen. „Bildung darf nichts kosten. Außer etwas Anstrengung“. Diese Meinung vertritt die SPD auf ihren Wahlplakaten. Ich weiß, dass viele von uns hier sofort unbedacht zustimmen werden. Wir sind oder waren ja in großen Teilen selbst Studenten. Und wer bezahlt schon gerne, wenn man es auch umsonst bekommen kann? Die Rechtfertigung für ein kostenloses Studium ist oft der Mehrwert für die Gesellschaft. Hier ist aber schon der erste Haken. Der Mehrwert eines Studiums müsste individuell betrachtet werden. So kann man sicher vertreten, dass eine Gesellschaft eine gewisse Anzahl an Ärzten braucht oder Juristen, um das Rechtssystem aufrecht zu erhalten. Schwieriger ist der gesellschaftliche Mehrwert bei einem Ägyptologen oder einem Philosophen zu definieren. Klar haben beide als Taxifahrer einen größeren Unterhaltungswert – man verzeihe mir den kleinen Scherz.

Meist wird gesellschaftlicher Nutzen deshalb ganz einfach über höhere Steuereinnahmen definiert. Aber das ist Quatsch. Ob ich studiert habe oder nicht, interessiert das Finanzamt erstmal nicht. Es gibt ja keine Sondersteuer für Studenten. Daher tragen sie auch nicht mehr zum Steueraufkommen bei als alle anderen. Ich weiß, jetzt kommt gleich: aber als Akademiker verdient man mehr. Darüber werden viele Profifußballer, Selbstständige und sogar Versicherungsvertreter herzlich lachen. Der Kulturmanager und der Architekt lachen beim Thema Einkommen übrigens selten.

Der Profiteur des Studiums ist immer einer und zwar der Student. Entweder, weil er ökonomisch gesehen das



Steffen Seitter ist
ehemaliger
Landesprogrammatiker der
JuLis Baden-Württemberg

Richtige studiert hat und nun tatsächlich mehr verdient als der Durchschnitt, oder weil er das studieren durfte, was er gerne macht. Und das ganz umsonst. Bezahlt haben es alle. Ich möchte hier auch nicht die Krankenschwester, die Bäckerin und den Verkäufer heranziehen, die das Ganze mitfinanzieren mussten.

Ein wichtiger Grund für ein kostenloses Studium ist auch: „Bildung darf nicht vom Konto der Eltern abhängen“ – Übrigens auch ein Plakat der SPD, dieses Mal aus 2009. Ein Studium kostet Geld, soweit so richtig. Aber den einzigen Unterschied, den „reiche Eltern“ machen, ist, dass sie ein risikoloses und bequemes Studium ermöglichen. Wer wirklich studieren will, der kann das in Deutschland auch. BAföG, Arbeiten, Stipendium und spezielle Kredite ermöglichen das. Allerdings muss man ohne reiche Eltern das Risiko dafür selbst tragen. Übrigens ganz genau so wie jeder Unternehmer, der eine Investition plant. Das nennt sich Eigenverantwortung und es gibt keinen Grund, das Risiko an die Gesellschaft auszulagern.

Ich möchte zum Schluss kurz zusammenfassen. Die SPD irrt sich seit Jahren mit Wahlplakaten. Ein Studium sollte kein Gottesgeschenk sein, für das andere zahlen. Es ist eine Investition in die eigene Bildung. Anders als von Lesen, Schreiben und Rechnen profitiert nicht gleich die ganze Gesellschaft von meinem erworbenen Wissen. Klar, als Studenten sind wir die Elite, die Lenker und Denker, aber vielleicht lebt die Gesellschaft ja doch eher von den Menschen die unsere Universitäten gebaut haben. PS: Das wäre dann ein FDP-Plakat.

Contra: Bildung kostet schon genug Anstrengung. Nur kostenfrei können Universitäten auch gerecht sein.



Jannis Kappellmann
ist ehemaliges
Landesvorstandsmitglied der
JuLis Baden-Württemberg

Eigentlich scheint ein hehres Ziel erreichbar. Studiengebühren senken die Zahl der Studierenden, die in den vergangenen Jahren explodierte Akademikerquote in Deutschland könnte sich durch eine solche Hürde auf ein Niveau senken, das wünschenswert wäre. Es würden wieder handwerkliche Berufe ergriffen, zahlreiche Betriebe würden nicht mehr über ein Ausbleiben von Bewerbungen auf ihre Lehrstellen jammern. Ein großes Problem könnte also auf ganz einfache Weise gelöst werden – und es wäre trotzdem falsch. Die Dimension der Gerechtigkeit ist in der Debatte um kostenfreie Bildung das Ass. Sie kann spielend leicht Argumente des Ausbildungsnachwuchses oder der Finanzierung ausstechen, denn Chancengleichheit bringt Menschen in die Situation, die wirklich besten Entscheidungen für sich selbst zu treffen.

Studien, beispielsweise jene des Hochschul-Informations-Systems (HIS) und des Bildungsministeriums zeigen, dass insbesondere Menschen aus bildungsfernen Haushalten auf ein Studium verzichteten, wenn sie Studiengebühren erwarten würden. Kinder von Eltern, die einen Universitätsabschluss erworben haben, beginnen laut dieser Studie zu einer Wahrscheinlichkeit von 3 Prozent das ursprünglich geplante Studium nicht, weil sie sich die Gebühren nicht leisten können. Bei Kindern, deren Eltern lediglich eine Lehre abgeschlossen haben, sind es schon doppelt so viele.

Man mag jetzt argumentieren, dass eine Fülle an Finanzierungsmöglichkeiten für solche Fälle zu Verfügung steht. Damit würde man sogar richtig liegen, denn sowohl Stipendien, als auch nachgelagerte Kredite oder umgekehrte Generationenverträge sind für Studierende, gerade jene aus sozioökonomisch schwachen oder bildungsfernen Haushalten, durchaus in greifbarer Nähe. Die Alternative zu einem Studium inklusive Kredit ist in den allermeisten Fällen allerdings eine Ausbildung, inklusive selbst verdientem Geld, ohne Schulden und ohne Risiko. Die Mehrzahl aller Studierenden sind zudem ohnehin gezwungen, neben dem Studium für die Lebenserhaltung zu arbeiten, nur mit einer wohlhabenden Familie oder einem Stipendien- oder Kreditgeber im Hintergrund können sich Studierende voll auf ihre akademische Weiterentwicklung konzentrieren. Die Abschreckungswirkung liegt also in den Opportunitätskosten eines Studiums, die viele Menschen von einem solchen Kredit abschrecken.

Die Alternative wäre eine steuerfinanzierte Universitätslandschaft. Aber wenn die Finanzierung der Hochschulen über Steuergeld erfolgt, würden dann nicht die Handwerker oder Arbeiter das Studium des Arztsohnes finanzieren? Da Personen mit einem Hochschulabschluss im Durchschnitt mehr verdienen, als Personen ohne akademischen Grad, wird die Steuerkasse wieder gefüllt. Der Arztsohn zahlt also sein Studium selbst. Ein Studium lohnt sich nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für den Staat.

Unser Ziel kann es nicht sein, alle Abiturienten zu einem Studium zu bewegen. Wir sollten hingegen Abiturienten in eine Lage versetzen, in der sie selbst eine Entscheidung für ihr künftiges Leben treffen können. Die Abwägung zwischen einem Studium und einer Ausbildung sollte nicht durch eine staatliche Abschreckungspolitik gegenüber den sozioökonomisch Schwachen oder bildungsfernen Familien entschieden werden, sondern durch die Präferenzen und Talente des Einzelnen. Beste Bildung kann aus meiner Sicht nur dann erreicht werden, wenn sie auch jedem wirklich zugänglich ist.

Der Bürger im Mittelpunkt oder „AmazonGov“

Digitale Technologien haben vieles in unserem Alltag bereits grundsätzlich verändert und ein Ende dessen ist nicht absehbar. So bringt uns kein herkömmliches Taxi, sondern ein Uber-Fahrer vom Flughafen in die Airbnb-Wohnung anstatt ins Hotel. Dabei schauen wir auf Netflix einen Film oder hören auf Spotify noch ein paar Lieder. Videotheken und CDs haben lange ausgedient. Der Erfolg dieser neuen Geschäftsmodelle beruht darauf, dass sie es schaffen, Kundenbedürfnisse nach Personalisierung, maximaler Bequemlichkeit und konstanter Verfügbarkeit mithilfe neuer Technologien wie künstlicher Intelligenz, Internet der Dinge & Co. zu befriedigen. So soll es auch bei AmazonGO, dem neuen Supermarkt des Online-Händlers Amazon werden. Der Kunde wird mittels Smartphone im Supermarkt eingeloggt und über optische Sensoren getrackt, es wird automatisch festgestellt, welche Produkte er in den Warenkorb gelegt hat und ohne an der Kasse anzuhalten, kann er einfach wieder rauslaufen; abgerechnet wird automatisch mittels seines Amazon-Kontos.

Anders hingegen wenn wir einen neuen Führerschein oder eine staatliche Leistung beantragen wollen, dann prallen für uns zwei Welten aufeinander: die von Technologie getriebene, in der alles schneller, bequemer und einfacher geht, und die Amtsstube, in der intransparente Prozesse sowohl Bürgern als auch Angestellten viel Zeit rauben. Deshalb muss sich der Staat die provokante Frage stellen: wie würden unsere Dienstleistungen und Prozesse aussehen, wenn wir alles an Amazon auslagern würden, AmazonGov sozusagen? Was wäre, wenn der Staat Dienstleistungen so ausrichten würde, dass es Bürgern vielleicht sogar ein angenehmes Erlebnis würde?

Dazu müssten Ämter weniger in Silos denken, sondern von Bedürfnis- und Erlebnisketten der Bürger ausgehen. Also: was braucht ein Gründer, Arbeitssuchender? Warum ist es in Singapur und Estland – aber nicht Deutschland – möglich, mein Unternehmen in nur einem Tag online anzumelden? Außerdem könnten Behörden Bürgerservices konsequenter personalisieren – also zum Beispiel automatisierte Erinnerungs-E-Mails

versenden, wenn ein Reisepass abzulaufen droht.

Eine Digitalisierung staatlicher Services würde auch den Austausch und die Kommunikation mit staatlichen Stellen vereinfachen. Für private Dienstleister sind Kunden-Feedbacks essentiell, um Kundenerlebnisse laufend zu verbessern. Bürgern sollten wir diese Möglichkeit auch geben, so können mithilfe von Datenanalysen schnell Friktionsstellen ausfindig gemacht und ausgebessert werden sowie gute Beispiele, wie zum Beispiel herausragendes Engagement von Service-Mitarbeitern, herausgestrichen und auch belohnt werden.

Sicherlich bergen neue Technologien auch Risiken und wir müssen weiterhin konsequent die Privatsphäre von Bürgern gerade auch im digitalen Zeitalter wahren und proaktiv schützen. Dennoch wünsche ich mir mehr Mut und Offenheit, Prozesse neu zu denken, sowie den Willen, sich als wahrer Dienstleister für den Bürger zu verstehen. Digitale Technologien bieten die Grundlage dafür, dies effizient und kostengünstig umzusetzen – und wer weiß, vielleicht wäre es sogar möglich, Menschen, die einen Online-„Behördengang“ tätigen, auch noch für politische Themen abzuholen, über anstehende Entscheidungen zu informieren und ihre Meinung einzuholen. Wenn Staat ein bisschen mehr Spaß und weniger Mühe macht, involvieren sich Bürger vielleicht auch wieder lieber am politischen Prozess.



Nicole Büttner-Thiel ist Mitglied im Landesvorstand der FDP Baden-Württemberg

Raus aus der Kreidezeit

„Das Digitalste in den Schulen darf nicht die Pause sein“, fordern wir JuLis gerne im Wahlkampf. Was bedeutet das eigentlich, digitale Schule und Klassenzimmer 4.0? Digitale Whiteboards und Tablets dürfen nur ein Anfang sein.

Technische Ausstattung

Wer in die digitale Arbeitswelt startet, sollte nicht erst nach der Schule mit moderner Technik konfrontiert werden. Leistungsfähige Computer, Konferenzsysteme, Tablets und Smartphones gehören schon heute in den meisten handwerklichen Betrieben zum Alltag. Dennoch kommen viele Schulen nicht aus der Kreidezeit heraus. Oft scheitert es schon am Beamer in den Klassenräumen.

Wir wollen Aufstiegschancen von sozialer Herkunft entkoppeln. Dann dürfen wir den Zugang zu digitalen Arbeitsmitteln nicht dem Geldbeutel der Eltern überlassen. Der Staat muss seine Schulen endlich ordentlich ausstatten und jedem Schüler die nötigen Hilfsmittel wie zum Beispiel Tablets im Rahmen der Lehrmittelfreiheit zur Verfügung stellen. Das Problem der immer noch viel zu schweren Schulranzen lösen wir damit ganz nebenbei.

Lerninhalte

Die weltweite Verfügbarkeit des gesammelten Wissens und Unwissens der Menschheit in Echtzeit ist ein riesiger zivilisatorischer Fortschritt. Die Zeiten stauiger Bibliotheken sind vorbei. Das birgt auch für die Schulen neue Aufgaben. Die gezielte Auswahl relevanter Informationen, ein kritischer Umgang mit Quellen und der Schutz persönlicher Daten sind Kernkompetenzen im digitalen Zeitalter.

Ein bisschen Internetrecherche für Referate und Aufsätze reicht dafür nicht aus. Wir brauchen ein flächendeckendes Angebot an Programmierunterricht, um IT-Talente früh zu fördern. Der Umgang mit digitalen Medien muss fächerübergreifend zur Selbstverständlichkeit werden. So wie Menschen in der freien Wirtschaft sich regelmäßig auf den technischen Fortschritt einstellen und fortbilden müssen, darf man das von jedem einzelnen Lehrer erwarten. Wir sollten die-

jenigen stärken, die die Schule als Vorreiter und Quelle des künftigen Fortschritts begreifen.

Lernerlebnis

In der Freizeit erleben wir ständige Erreichbarkeit – Funklöcher ausgenommen –, grenzenlosen Austausch und eine mediale Reizüberflutung auf allen Kanälen. Ausgerechnet in den Schulen tun wir zu wenig dafür, Bildungsinhalte überhaupt greifbar zu machen.

Holen wir die Virtuelle Realität (VR) in die Schulen. Lassen wir die Schüler mit VR-Brillen im antiken Rom herumlaufen, um sich selbst ein Bild von den Ausmaßen des voll besetzten Kolosseums zu machen. Oder in der Produktionshalle eines Automobilherstellers, um neue Berufsbilder zu entdecken. Oder in der Zelle eines Eichenblattes, um die Photosynthese zu verstehen. Machen wir abstrakte Inhalte greifbar. Das hinterlässt einen bleibenderen Eindruck als vergilbte Schulbücher.

Auch die Echtzeit-Interaktion passt ins Klassenzimmer. Wie wär's mit einer interaktiven Mathe-Challenge oder einem Wirtschafts-Planspiel mit der Austauschklasse aus Spanien? Der Englischkurs will mehr über die Anschläge des 9/11 erfahren? Dann interviewen wir Zeitzeugen, Journalisten oder Feuerwehrleute aus New York per Videokonferenz. Wie arbeitet die Europäische Kommission? Fragen wir doch einfach direkt nach. In der freien Wirtschaft ist das gelebte Realität. Bringen wir auch die Schulen ins 21. Jahrhundert.



Jens Brandenburg ist im Landesvorstand der FDP Baden-Württemberg und ehemaliger JuLi-Landesvorsitzender

Juliette international : The need systems. An example from Moldova

Education is the foundation of any democratic society which contributes to the multilateral training of the citizens in order to be able to integrate into society, both professionally and civic. Ensuring access to quality education for all citizens, regardless of gender, ethnicity, sex or religious confession, is a fundamental right of everyone.

The educational system must meet the needs of economic development, enhancing the quality and relevance of studies. Lifelong learning is to provide support for professional growth and affirmation assurance.

A major problem faced today by the Republic of Moldova and other countries in Europe is the large number of people excluded from the economic, social, political and cultural life of the community. Of course, such a society can not be safe and effective, and education, in this context, can provide the key to the exit from the impasse, the key to improving personal skills, widening the field of options to take full advantage of the freedoms that gives meaning and value to the existence.

For this reason, education must be human-centered and provide a positive horizon in order to be able to build a prosperous future. Thus, fundamental liberal values such as individual freedom, private property, individual responsibility, and equality before the law can only be ensured within a well-educated society.

That is why, I see the two following strategic directions as a matter of priority: modernize the vocational education and training (VET) so that education responds to the needs of society and labor market requirements; orient the research to universities in order to provide students with the opportunity to research at the universities they are learning.

Achieving these strategic objectives requires a comprehensive and objective analysis of the education system. According to the statistical data and the results of several sociological studies, the education as a whole does not fully correspond to the expectations of the graduates of the educational institutions, nor to the needs of the labor market. The lack of qualified teaching and managerial staff, the lack of adequate technical and ma-

terial resources, the lack of involvement of parents in school life and the disproportionality of the network of educational institutions are some of the most important problems of the educational system in Moldova.

However, there are some recent achievements in at least one of the above-mentioned direction. For almost 3 years, the Ministry of Education with European Union's support is undertaking a major reform of Vocational Education Sector. The reform is in line with the VET Strategy for 2014-2020 having the vision to transform and to modernize this educational sector according to labor market needs and European standards. Therefore, first steps was to restructure the network of VET institutions and to create Centers of Excellence in the main fields of national economy. A new curriculum is under development with a focus on practical and relevant competencies of students. A new financing mechanism has been implemented and is expected to ensure a more efficient investment of resources. The dialogue between schools and economical agents has been established through the creation of Sector Committees, which role is to furnish the educational sector with information about labor market needs. The dual education system, which ensures the practical training of students, is also under development with at least ten companies and VET schools practicing this form of education.

The reform is expected to further continue with refurbishment of VET institutions and endowment with equipment, so that to ensure a fully modernized VET. As a result, it is foreseen an increase of interest in VET among young people, who are encouraged to choose VET as qualitative education option for their future career. In order to consolidate the above mentioned results and ensure the attractiveness of VET among young people and their parents, more actions are needed toward that.

Strengthening the network of general education institutions, extending the autonomy and accountability of educational institutions, implementing performance-based funding mechanisms, curriculum modernization, institutionalizing external evaluations, renewing

of modernization in our Education

the initial and in-service training for teachers and managerial staff remain actual as recommendations to the Government.

The education in the Republic of Moldova is facing objectives that are not easy at all, and the Government from Chisinau must stop the populist approach and get involved fully in their realization. All of us, teachers, parents, students, the whole society depends on how we will overcome the obstacles in our path to change.



Sergiu Boghean is a LYMEC Bureau Member and Trainings Officer. He is also former chief of staff at the Ministry of Education from Moldova.



*Die Generalsekretärin der Südwest-FDP **Judith Skudelny** über die Herausforderungen in der Bildungspolitik*

Damit unsere Gesellschaft stark bleibt, müssen wir ständig weiter an unserem Bildungssystem arbeiten. In kaum einem anderen Land hängt der Bildungserfolg so stark vom Elternhaus ab wie in Deutschland. Und noch immer verlassen noch rund 50.000 junge Menschen die Schule ohne Abschluss.

Hieran müssen wir arbeiten. Schon im Kindergarten müssen wir die Elternarbeit ausbauen, wir brauchen mehr Schulsozialarbeit.

Die Digitalisierung hilft die Lehrer von zeitraubenden Arbeiten zu entlasten – damit sie mehr Zeit für ihre Schüler haben. Basis für alles sind aber Schulgebäude und eine Ausstattung, dass Lernen überhaupt sinnvoll stattfinden kann. Hierfür muss der Bund die Mittel zur Verfügung stellen können.



Christian Lindner exklusiv im Interview mit unserem Mitglieder-magazin Juliette:

Juliette: Seit gut drei Jahren sind Sie aus dem JuLi-Alter raus. Vermissen Sie uns JuLis denn manchmal?

CL: Die JuLis kann ich ja gar nicht vermissen! Zum Glück sind die JuLis im Wahlkampf präsent und sorgen gewissermaßen als Aufsichtsräte der FDP weiterhin dafür, dass der Laden in Bewegung kommt und innovativ bleibt. Es ist also nie ein Gefühl der Trennung entstanden.

Juliette: Welche Ämter hatten Sie selbst bei den JuLis früher inne?

CL: Ich war einige Jahre Kreisvorsitzender im Rheinisch-Bergischen Kreis, damals ein Vorgänger von Johannes Vogel, der mir dann als Kreisvorsitzender nachfolgte. Und ein Jahr lang war ich Beisitzer im nordrhein-westfälischen Landesvorstand.

Juliette: Mit welchen Themen würden Sie denn heute als JuLi in die FDP gehen?

CL: Schwierige Frage. Ich kann mir ja als FDP-Vorsitzender die Themen nicht bestellen, um mir selbst das Leben schwer zu machen.

Die JuLis haben Kontakt zu Themen ihrer Generation, sie haben eine langfristige Perspektive, da sie länger noch berufstätig sein werden und später erst in den Ruhestand gehen werden. Und sie haben über Ausbildung und Studium natürlich auch Kontakt zu aktueller Wissenschaft. Und das bei der FDP einzuspeisen ist gerade bei Themen wie Bildung und Digitalisierung wichtig!

Juliette: Hat Ihnen schon mal jemand gesagt: „Das haben Sie gut gemacht“?

CL: Witzigerweise kam das nach dem Wahlwerbe-

spot aus NRW tatsächlich relativ oft vor. Dass Leute mir eine Mail schreiben und wirklich sagen „das hast du gut gemacht“ – das ist natürlich sehr motivierend und freut mich! Das war zwar nicht die Absicht dieses Spot gewesen, aber hat ein Stück weit meinen Alltag versüßt und erleichtert.

Juliette: Inwiefern können sich Politiker leisten, im Wahlkampf auch mit unbeliebten Themen anzugreifen?

CL: Das hören Sie ja in jeder meiner Hörsaalveranstaltungen, in denen ich klar zu unseren Positionen und Meinungen stehe, egal wie es ankommt. Und das honorieren Menschen auch. Jeder weiß, dass man nie alle Positionen von einem anderen Menschen oder gar einer Partei gut finden kann. Also die Leute machen sich einen Eindruck von der Glaubwürdigkeit und von den Argumenten, die jemand hat. Es gibt ja Argumente, die man akzeptieren kann, ohne dass man sie teilt. Und da schätzt man vielleicht die Klarheit und Offenheit, die jemand hat.

Juliette: Die FDP hat sich in den letzten Jahren ja rund-umerneuert und eine frische Kampagne erhalten. Wenn man jedoch bei manchem FDP Kreisverband zur Mitgliederversammlung geht, hat man dort nicht zwingend immer den Eindruck einer frischen hippen Partei. Haben wir hier nicht eine Diskrepanz?

CL: Ich habe festgestellt, dass die erfahreneren älteren Parteifreunde sich genauso enthusiastisch in die Kampagne einschalten wie die Jüngeren. Und vielleicht war es auch richtig und gut, dass wir uns als Gesamtpartei so neu aufgestellt haben. Weil vielleicht auch viele Ältere sich von mancher überkommener Idee oder alter Methodik gestört gefühlt haben. Also ich glaube nicht,



dass das eine Generationenfrage ist, sondern eher eine Charakterfrage.

Juliette: *Zwei persönliche, unpolitische Fragen: Erstens, welche Sneaker tragen Sie denn am liebsten, Herr Lindner?*

CL: Wahrscheinlich trage ich am liebsten Adidas Stan Smith.

Juliette: *Zweitens: Ihre liebste Zigarren-Marke?*

CL: Bei Zigarren bin ich da nicht so festgelegt. Aber sich die Montecristo No. 2 einmal in der Woche zu gönnen, ist schon ein kulturell erhebendes Geschmackserlebnis.

Juliette: *Zigarre rauchen ist ja schon fast klischeehaft...*

CL: Das Klischee ist nur in Ihrem Kopf! Wenn Sie sich ansehen, wer heutzutage Freude an Zigarren hat, sind das heute vor allen Dingen Jüngere, die das schätzen.

Und niemals käme ich auf die Idee, persönliche Genüsse und Leidenschaften daran festzumachen, was andere darüber denken! Wenn der Vorsitzende der Partei von Freiheit

und Individualität damit anfangen würde, sich daran zu orientieren, was andere für Erwartungen haben, dann würde die FDP ihre Glaubwürdigkeit verlieren.

Juliette: *Herr Lindner haben Sie Dank für das Interview.*



Die neu gewählten JuLis im Landesvorstand der FDP – eine Kurzvorstellung

Name: Marcel Aulila

Alter: 26

Beruf: European Sales Manager im Familienunternehmen

Hobbys: Sport (Fitness-Studio), Reisen, Politik ;)

Was will ich im FDP-LaVo einbringen/erreichen? Ich möchte meine Erfahrung als Stadtrat, Bundestagskandidat und ehemaliger Juli-Landesvorsitzender im FDP-LaVo einbringen. Ganz speziell möchte ich mich für ein vielfältiges Bildungssystem mit starker Schulautonomie einsetzen und an der Modernisierung der Parteistrukturen, wie etwa der Umsetzung des digitalen Alex-Müller Verfahren, arbeiten.



Name: Benjamin Strasser

Alter: 30

Beruf: Rechtsanwalt

Hobbys: Musik machen, lesen, Engagement in meiner katholischen Kirchengemeinde, Mitglied bei Amnesty International

Was will ich im FDP-LaVo einbringen/erreichen? Weiter an den Mitbestimmungsmöglichkeiten der Basis arbeiten und unser inhaltliches Profil in der Innen- und Rechtspolitik schärfen.

Name: Nicole Büttner-Thiel

Alter: 32

Beruf: Volkswirtin und Unternehmerin im Bereich Digitalisierung und Datenmanagement

Hobbys: Ich liebe es zu verreisen und die Welt zu entdecken, inspirierende Bücher zu lesen, Yogaübungen zu machen und genieße ausgiebiges Essen und guten Wein

Was will ich im FDP-LaVo einbringen/erreichen? Ich möchte im Landesvorstand eine Stimme für Unternehmertum, Digitalisierung und europäische Vernetzung sein. Beruflich unterstütze ich Firmen dabei, technologische Innovationen erfolgreich umzusetzen. Auch in der Politik brauchen wir Digitalkompetenz, um Chancen, aber auch Risiken zu verstehen und die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen.



Name: Jens Brandenburg

Alter: 31

Beruf: Unternehmensberater

Hobbys: Reisen (v.a. Städtereisen, Roadtrips), Wandern und historische Romane

Was will ich im FDP-LaVo einbringen/erreichen? Im FDP-Landesvorstand will ich weiterhin Euer Sprachrohr sein für liberale Programmatik, innerparteiliche Mitbestimmung und einen modernen Außenauftritt. Auch nach einer hoffentlich erfolgreichen Bundestagswahl am 24. September dürfen wir nicht in alte Muster zurückfallen.

JuLis Baden-Württemberg in Wahlkampf-Action

Liebe JuLis,
vielleicht richtet sich die Aufmerksamkeit für die meisten von euch aktuell auf einen ganz bestimmten Zeitpunkt: den 24. September 2017 um 18:00 Uhr. Zweifelsohne ist die Bundestagswahl für uns alle mit vielerlei Arbeit verbunden, beim Plakatieren und Argumentieren, beim Standdienst und der Arbeit in den Sozialen Medien. Wir alle hoffen, dass sich das alles an jenem Sonntagabend in einem kollektiven Freudentaumel entlädt, weil wir wissen, dass liberale und nachhaltige Politik wieder eine Stimme im Bundestag hat. Und vielleicht auch, weil es nun wieder etwas ruhiger wird in Sachen JuLis...

Aber nach dem 24. September wird für uns JuLis die Arbeit nicht plötzlich aufhören, sie wird sich aber anders gestalten. Es wird auch an uns liegen, dafür zu sorgen, dass die Erneuerung der Freien Demokraten an diesem Tag kein Ende findet, sondern entschlossen und mutig weitergeht. Dass die Themen, die uns junge Menschen bewegen, nicht nur Niederschlag im Wahlprogramm, sondern auch in der Parlamentsarbeit finden.

Wenn die Freien Demokraten – und mit ihnen hoffentlich auch viele JuLis – den Weg zurück in den Deutschen Bundestag finden, müssen wir JuLis entschlossen für unsere Themen eintreten und verhindern, dass Fehler der Vergangenheit sich wiederholen.

Ich würde mich daher sehr freuen, viele von euch bei unseren programmatischen Veranstaltungen begrüßen zu dürfen, seien es die Landesarbeitskreise oder das kommende landesprogrammatische Wochenende im November.

Genauso müssen wir aber dafür Sorge tragen, als JuLis stärker in die FDP hineinzuwirken und uns zu vernetzen – denn nur dann kann unsere Stimme tatsächlich Gehör finden.

Der vergangene Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg stimmt mich dabei zuversichtlich. Nicht nur, dass wir JuLis die programmatische Debatte bestimmen und den Leitantrag zum Thema Mobilität um wichtige Punkte ergänzen konnten: mit Marcel Aulila und Nicole Büttner-Thiel gesellen sich zwei wei-

tere Jungliberale zu unseren bisherigen FDP-Landesvorstandsmitgliedern Jens Brandenburg und Benjamin Strasser!

Bestimmt wird es nicht immer einfach sein und vielleicht auch manchmal frustrierend. Aber ich bin mir sicher, dass die beste Versicherung gegen die „alte FDP“ engagierte JuLis sind, die ihre Inhalte gleichermaßen lautstark wie auch konstruktiv vertreten.

Ich persönlich freue mich schon auf den Wahlabend – und die spannenden Herausforderungen, die ab 18:01 Uhr vor uns liegen werden!



Valentin Abel ist
Landesvorsitzender der Jungen
Liberalen Baden-Württemberg

72. Landeskongress in Rastatt

21.-22. Oktober

Liebe JuLis,

zum 72. Landeskongress der Jungen Liberalen Baden-Württemberg und unserem Workshop-Tag lade ich euch herzlich ein.

Wann? **21.-22. Oktober 2017**
Wo? **Reithalle Rastatt • Bürgersaal,
Am Schlossplatz 9
76437 Rastatt**

Beste Grüße,
Euer Landesvorsitzender Valentin Abel

Anmelden könnt ihr euch bald auf unserer Website unter www.julis-bw.de!
Ich freue mich, wenn ihr dabei seid!

Workshoptag

Am Vormittag des 21. Oktobers finden **von 10-13 Uhr** verschiedene Workshops statt! Geleitet werden die Workshops von den Leitern unserer neun Landesarbeitskreise. Du kannst dich also einer großen Bandbreite an Themen widmen! Es wird dabei um Antragsvorbereitung und Erstellung von Änderungsanträgen gehen. Die Workshops finden im selben Gebäude statt, wie auch der Landeskongress, also **Am Schlossplatz 9**.

eLaVo

Der erweiterte Landesvorstand tagt traditionell am Vorabend des Landeskongresses, am **Freitag, den 20. Oktober um 20:00 Uhr**. Wo? **Hotel am Schloss, Schlossstraße 15, D-76437 Rastatt**. Die Sitzungen des erweiterten Landesvorstand sind mitgliederoffen.

Tagesordnung

Samstag Check-in ab 9 Uhr

- 13 Uhr Beginn des Kongresses
- TOP 1 Eröffnung und Begrüßung durch den Landesvorsitzenden
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit, sowie der Bericht der Wahlprüfungskommission
- TOP 3 Wahl des Tagungspräsidiums, der Protokollanten und der Zählkommission
- TOP 4 Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 5 Festlegung der Antragsreihenfolge
- TOP 6 Grußworte
- TOP 7 Satzungsänderungsanträge
- TOP 8 Rechenschaftsbericht des Landesvorsitzenden
- TOP 9 Bericht der Ombudsperson
- TOP 10 Aussprache
- TOP 11 Nachwahlen zum Landesvorstand
- TOP 12 Wahl einer Ombudsperson

- TOP 13 Wahlen zum Landesschiedsgericht
- TOP 14 Antragsberatung
- Unterbrechung des Kongresses gegen 19 Uhr

Sonntag Fortsetzung des Kongresses ab 10 Uhr

- TOP 15 Wahl der Delegierten zum Bundeskongress
- TOP 16 Wahl der Ersatzdelegierten zum Bundeskongress
- TOP 17 Fortsetzung der Antragsberatung
- TOP 18 Schlusswort des Landesvorsitzenden

Anträge bis zum Freitag den 29.09 um 23.59 Uhr einreichen unter julisbw.de/antraege